

# 530.000 Menschen in Arbeitslosigkeit, 460.000 Menschen in Kurzarbeit, 50.000 offene Stellen

„Der ÖGB hat schon vor Monaten ein Arbeitsmarktprogramm vorgelegt, mit dem innerhalb eines Jahres 150.000 Jobs geschaffen werden können.“

<https://www.oegb.at/themen/arbeitsmarkt/arbeitsmarktpolitik/neue-hjobs-fuer-oesterreich>

## Das war im Juli 2020. Aber die Regierung stellt sich weiterhin taub. Also was tun?

**ÖGB und AK fordern völlig berechtigt**, dass die **Millionärsvermögen einen „ganz, ganz großen Beitrag“ leisten müssen**, um die Konjunkturprogramme und die Corona-Milliarden zu finanzieren, dass es zu einer **Arbeitszeitverkürzung kommen muss, mit der auch Umwelt entlastet und Klima geschützt werden kann**. Durch die Corona-Ausnahmegesetze dürfe kein demokratiepolitischer Schaden zurückbleiben, wegen der Schutzmaßnahmen eingeschränkte Grundrechte auf Versammlung oder Demonstration dürfen nicht unter die Räder kommen. Alles

richtig. Aber wann soll das eingefordert werden? In der Zeit nach der Krise, war und ist vom ÖGB-Präsidenten Katzian zu hören. Doch dann wird es zu spät sein. Jetzt braucht die Unternehmenseite den Staat, die Systemhalter\*innen, die „Held\*innen von Corona“, Gewerkschaften und AK als „Sozialpartner“, um ihren Besitzstand zu sichern. **Jetzt** muss mit den 1,2 Millionen ÖGB-Mitgliedern und den 3,7 Millionen AK-Mitgliedern gemeinsam mit den im Homeoffice Arbeitenden, den Kurzarbeitenden, den Arbeitslosen, Student\*innen, den in ihrer Existenz bedrohten Soloselbständigen

und den vielen in prekären Jobs Arbeitenden sowie den Millionen von Pensionist\*innen Druck in den Betrieben und auf der Straße aufgebaut und sichtbar und hörbar gemacht werden.

Geschieht dies nicht und kommt es zu faulen Kompromissen zwischen Regierung, Unternehmenseite und den SPÖ-, AK- und Gewerkschaftsspitzen, werden zwar die Profite der Unternehmer, aber nicht die Existenzgrundlagen und eine lebenswerte Zukunft für die arbeitenden Menschen gesichert und ausgebaut.

## Nicht warten, jetzt aktiv werden:

Das „Österreichische Solidaritätskomitee“ und die „Plattform proSV“ beteiligen sich daher an der vom Personenkomitee Selbstbestimmtes Österreich organisierten österreichweiten Aktionswoche und an der Aktionskonferenz „**Arbeitslosengeld anheben**“.

Aktionswoche: 22.-27.Feb.2021 in: Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck, Steyr, Bruck/Mur

Aktionskonferenz: 6. März 2021, WUK, 1090 Wien, 14.00 - 18.00 Uhr.

### Aus dem Ausruf:

„Die türkis-grüne Regierung hat noch vor einigen Monaten groß angekündigt „Alles dafür zu tun um die Arbeitslosigkeit zu senken“. Getan wurde allerdings genau das Gegenteil ... Während den Firmen 80% des Umsatzentgangs versprochen wird, bleiben den Beschäftigten, die ihre Arbeitsstelle verlieren, 55% des vorherigen Einkommens. Der Großteil der österreichischen Bevölkerung sieht Arbeitslosigkeit als die Hauptlast der derzeitigen Krise ... Offensichtlich sind sich jene die an der Macht sind, darin einig, dass ein hohes Niveau an Arbeitslosigkeit und eine weitere Verarmung ein Teil der Krisenbewältigung zu ihren Gunsten sind ...“

**Mehr Infos und der ganze Text unter:** [http://prosv.akis.at/TCgi/TCgi.cgi?target=home&P\\_kat=6&P\\_katsub=3&P\\_txt=473](http://prosv.akis.at/TCgi/TCgi.cgi?target=home&P_kat=6&P_katsub=3&P_txt=473)



Wer mitmachen will, meldet sich bitte unter: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at)